Nr. 64. Sonnabend, den 16. März 1918. 32. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Austräger wöchentlich 40 ₰, monatlich ℳ 1,75, vierteljährlich ℳ 5,20 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 20 v.Hundert Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11. Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor 1. Stock. Fehlandstr. 11.

Vor schwersten Entscheidungen.

Niemand wird ohne innere Bewegung gelesen haben, was unser Kriegsberichterstatter Dr. Köster am Schlusse seines Berichts über die Unterredung mit den Oberbefehlshabern der deutschen Armee sagte: sobald der Hebel an der riesenhaften Präzisionsmaschine angedreht ist, wird eine furchtbare Bewegung die Erde Europas erschüttern. „Der Angriff soll — wie es an anderer Stelle des Berichts heißt — eröffnet werden, wenn die Umstände es zwingend erfordern; er wird aus einem verantwortungsvollen inneren Muß entspringen, er wird erst dann beginnen, wenn volle Sicherheit über den Erfolg besteht, aber er wird auf alle Fälle so erfolgen, daß ein Vergleich mit früheren Offensiven nicht möglich ist. Noch wartet die verantwortliche Heeresleitung, ob es unbedingt zu dieser Entscheidung kommen muß. Doch gilt schließlich auch hier, was für den Osten gesagt wurde: Wenn ein Verständigungsfriede nicht möglich ist, bleibt allein der Appell an die Waffen. Das will heißen, daß es die Regierungen der Westmächte noch immer in der Hand haben, die „sinnlose Entscheidung der Gewehre und Kanonen“, wie Lloyd George seiner selbst spottend den Krieg genannt hat, zu umgehen und Europa die Aufrürnung einer neuen Schädelpyramide zu ersparen. Wird man im Lager der Entente diese Warnung verstehen? Wird man die vielleicht nur noch kurze Frist, die vom Ausbruch der Katastrophe trennt, zur Anbahnung von Verhandlungen ausnützen? Es hat leider nicht den Anschein. Das Ultimatum an Holland, in dem der Vierverband die Auslieferung des gesamten Schiffsraumes für Fahrten zu seinen Gunsten fordert, allerdings gegen reichliche Bezahlung und „Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Kriege“, kann leicht zu einer solchen Verschärfung der Situation führen, daß jenes innere Muß herausspringt, durch das der Hebel zur letzten furchtbaren Kraftprobe angedreht wird.

Holland hat alles getan, seine Neutralität ehrlich durchzuführen, aber es ist seinem Schicksal nicht entgangen, das es in eine ganz ähnliche Lage zu bringen droht, wie Griechenland. Von seinen rund 1 400 000 Tonnen Schiffsraum soll es nur 900 000 Tonnen für seinen eigenen Handel mit Indien und den Ländern der Entente behalten, die übrigen 500 000 nehmen die Alliierten für Kriegszwecke in Anspruch. Wenn es sich nicht bis zum 15. März bereit erklärt, die Bedingungen der Alliierten anzunehmen, sollen seine Schiffe, soweit sie sich im Machtbereich Englands und Amerikas befinden, beschlagnahmt und die Getreidelieferungen an Holland eingestellt werden. Das ist laut „Associated Preß“ von England und Amerika der holländischen Regierung ausdrücklich mitgeteilt. Eine wundervolle Illustration zu Lloyd Georges neuester Rede über die selbstlose Kriegführung Großbritanniens zur Befreiung der Nationen. Es hat lange gedauert, ehe sich die Entente entschloß, in dieser brutalen Form Holland die Daumenschrauben anzusetzen, aber die Schiffsverluste infolge des Unterseekrieges müssen doch so einschneidend sein, daß man nun zu diesem äußersten Mittel greift, um alles, was an Schiffsraum noch irgend vorhanden ist, in die Hand zu bekommen. Auch auf Schweden soll ein ähnlicher Druck ausgeübt worden sein, ohne daß es freilich eines Ultimatums bedurfte, weil die schwedische Tonnage schon in aller Stille an England verkauft worden ist. Nicht so leicht kann sich Holland, selbst wenn es wollte, dem Verlangen der Entente fügen. Es muß mit seiner geographischen Lage, mit der unmittelbaren Nachbarschaft Deutschlands rechnen, das Hollands Einwilligung in das Vierverbands-Ultimatum als Bruch der Neutralität auffassen und Holland fortan als feindliches Gebiet auffassen würde. Was das für den kleinen Staat bedeuten würde, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Unter Umständen kann die Entscheidung Hollands über das Ultimatum den Gang der Ereignisse derart beeinflussen, daß das Wort sich noch erfüllt, wonach der Krieg erst dann zu Ende geht, wenn es keinen Neutralen mehr gibt.

Nahe daran sind wir schon. Und wenn es der Entente gelänge, den Rest der Neutralen auf ihre Seite zu ziehen, sie würde gewiß nicht zögern, selbst das Zeichen zum Angriff zu geben, um Deutschland doch noch niederzuringen. Unter diesem Gesichtspunkt muß letzten Endes auch der Frieden im Osten mit seinen anscheinend verfehlten und übereilten Maßnahmen betrachtet werden. Solange der Kriegswille noch vorwaltet, werden beide kriegführenden Parteien versuchen, die unterworfenen Länder an freier Bewegung zu hindern, um zu verhüten, daß sie vom Gegner in Beschlag genommen werden, der sich, wie das Vorgehen gegen Holland zeigt, nicht im geringsten durch Rücksichten auf Neutralität und Selbstbestimmungsrecht davon abhalten läßt, das zu tun, was ihm Vorteil verspricht.

In der letzten entscheidenden Phase des Krieges kehren noch einmal die Momente aus der Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch wieder, in denen das Schicksal der Völker an einem Faden hing. Auch damals ging es um Neutralitätsfragen, die neuerdings durch den französischen Minister Pichon wieder aufgerührt worden sind, als er jenes jetzt erst entzifferte Geheimtelegramm des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter v. Schoen in Paris mitteilte, worin angeordnet war, daß im Falle der französischen Neutralitätserklärung Deutschland die Besetzung der Festungen Toul und Verdun für die Dauer des deutsch-russischen Krieges beanspruchen würde. Der verantwortliche Absender des Telegramms, Herr v. Bethmann Hollweg, hat sich dem Vertreter eines Münchener Blattes gegenüber zu dieser Sache geäußert und im wesentlichen folgendes ausgeführt:

„In Frankreich meint man, das Telegramm sei ein Zeugnis dafür, daß wir es gewesen seien, die den Krieg gewollt hätten. Diese Vorstellung schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Mit der russischen Mobilmachung, mit der Weigerung Rußlands, sie rückgängig zu machen, war der Krieg da. Wir waren in den Krieg hineingezwungen, und unsere einzige Sorge, unsere einzige Pflicht konnte nur mehr sein, alles zu tun und alles anzuspannen, damit wir nicht unterlägen. Daß wir nicht allein gegen den russischen Mobilmacher, sondern auch gegen Frankreich zu fechten hätten, daran konnte im Ernst kein Mensch zweifeln. Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hatte in der gesamten Politik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genugsam gezeigt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde, und zum Ueberfluß sagen es ja die eigenen Veröffentlichungen unserer Feinde über die Vorgänge im Juli 1914 selbst, daß Rußland sich des Beistandes Frankreichs vergewissert hatte, als es den österreichisch-serbischen Konflikt zum Kriegsanlaß nahm. Ohne diese Gewißheit und zugleich ohne die berechtigte Erwartung, daß auch Englands Kriegshilfe nicht ausbleiben werde, hätte Rußland nimmermehr zum Schwert gegriffen. Ueber diese Sachlage war ich nicht im geringsten Zweifel, als die Instruktion an den Botschafter Baron v. Schoen abging, aber gerade um deswillen durften wir die Eventualität nicht unberücksichtigt lassen, daß Frankreich etwa eine provisorische, für die Dauer aber nicht verläßliche Neutralitätserklärung abgeben sollte. Gegenüber der erdrückenden Uebermacht der uns gegenüberstehenden Koalition wären wir nach dem Urteile unserer maßgebenden militärischen Instanzen in eine völlig unhaltbare Lage geraten, wären wir von vornherein dem Untergange preisgegeben gewesen, wenn, nachdem der Krieg einmal da war, die Feinde uns auch noch das Gesetz des militärischen Handelns diktiert hätten. Hätte Frankreich unter dem Schutze einer scheinbaren anfänglichen Neutralität seine Vorbereitungen bis aufs Letzte beendet, um dann in einem ihm günstigen Augenblick, wo wir im Osten tief engagiert gewesen wären, über uns herzufallen, nun — ich brauche nicht auszuführen, in welche verzweifelte Lage wir geraten wären. Nur eine mit sicheren Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach dem Urteile der zuständigen militärischen Instanzen nur gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt wurde. Am Vaterlande hätte ich mich in seiner höchsten Not versündigt, wenn ich über dieses militärische Urteil hinweggegangen wäre.

Nun, die Haltung Frankreichs hat es dahin gebracht, daß seine Neutralität nicht aktuell wurde, daß die Frage nach ihrer Garantierung in den durch die Instruktion vom 31. Juli vorgesehenen Formen überhaupt nicht zur Erörterung kam. Aber ich möchte die französischen Staatsmänner, die von dieser Instruktion jetzt so viel Aufhebens machen, daran erinnern, daß Deutschland in den darauf folgenden Tagen noch eine andere Form der Neutralitätsgarantie vorgeschlagen hat, eine Form, die längst durch offizielle Publikationen bekannt gemacht ist und die sich nicht auf eine gar nicht ausgeführte Instruktion bezieht. Als sich uns die leider auf einem Mißverständnis beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch Dazwischentreten Englands auf den Osten lokalisiert werden könne, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität völlige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde. Nichts kann schärfer und unzweideutiger dartun, daß wir es auf keinerlei der Ehre Frankreichs zu nahe tretende Haltung, geschweige denn auf einen Ueberfall Frankreichs abgesehen hatten, daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblick zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte.

Aus dieser Darlegung geht zweierlei deutlich hervor: die französischen Vorwürfe, daß Deutschland durch ein entehrendes Ansinnen Frankreich zum Kriege gezwungen habe, sind unbegründet, da jenes Ansinnen im Juli 1914 gar nicht gestellt worden ist; daß es aber für einen bestimmten, unwahrscheinlichen Fall in Bereitschaft gehalten wurde, kam daher, daß die politische Reichsleitung sich der militärischen Heeresleitung unterordnen mußte. Nicht um Vergangenes braucht man also zu streiten, sondern höchstens darum, ob es auch in Zukunft so bleiben soll, daß in den Stunden, wo über Krieg oder Frieden entschieden wird, die politische Leitung sich der militärischen unterzuordnen hat. Aus der Tatsache, daß die deutsche Heeresleitung vor der Entscheidung, die jetzt in ihre Hand gelegt ist, eine Haltung einnimmt, die deutlich zeigt, daß dem Gegner Zeit gelassen wird, sich zu besinnen, ob sie die Verständigung der furchtbaren Entscheidung durch die Waffen vorziehen wolle, möchten wir schließen, daß diesmal die politische Tragweite der Entschlüsse ihre Berücksichtigung findet. Aber dringend notwendig wäre es, noch vor dem Auftauchen neuer Friedensmöglichkeiten Garantie dafür zu schaffen, daß neben der militärischen und politischen Reichsleitung auch die Volksvertretung und insbesondere die Arbeitervertreter Einfluß auf die Formulierung der Friedensbedingungen gewinnen.

Deutscher Heeresbericht.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 15. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die tagsüber schwache Artillerietätigkeit verstärkte sich vor Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschnitten. Während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigenen und feindlichen Erkundungsvorstößen vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Blinkstelle der Franzosen auf der Kathedrale von Reims wurde erneut in Tätigkeit beobachtet. Heftiges Zerstörungsfeuer lag von Mittag an auf unseren Stellungen nördlich und nordöstlich von Prosnes. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorstießen, konnten nur westlich von der Straße Phnizy—Nauroy in unserem vorderen Graben Fuß fassen; im übrigen wurden sie im Nahkampfe zurückgeworfen.

Auf dem östlichen Maasufer hielt tagsüber gesteigerte Feuertätigkeit an.

Osten.

Feindliche Banden, die in der Ukraine die von Gomel—Kiew nach Bachmatsch führende Bahn bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen zerstreut. Bachmatsch wurde besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Unterseebootskrieg.

Amtlich. WTB. Berlin, 15. März.

Im Sperrgebiet um England, vorwiegend im Aermel-Kanal, fügten unsere U-Boote den Gegnern neuerdings einen Verlust von

20 000 Brutto-Register-Tonnen

Handelsschiffsraum zu. — Alle versenkten Schiffe, darunter drei wertvolle Dampfer von 4000 bis 5000 Brutto-Register-Tonnen, waren bewaffnet und größtenteils stark gesichert. Namentlich festgestellt wurde der tiefbeladene französische Dampfer „Senegambie“, 1628 Brutto-Register-Tonnen.

Den Hauptanteil an den Erfolgen hatte Kapitänleutnant Wiebeg.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Feindliche Fliegerangriffe auf das Heimatgebiet.

Wolffs Bureau meldet: Unsere Gegner unternahmen im Februar 23 Luftangriffe auf das deutsche Gebiet, davon richteten sich 13 gegen das lothringisch-luxemburgische und Saar-Mosel-Industriegebiet. Sie riefen in keinem Falle Betriebsstörungen hervor; meist kamen die Flugzeuge dank der Abwehrmittel nicht an die Werke heran. Von den übrigen zehn Angriffen galten drei Angriffe Trier, je ein Angriff Saarbrücken, Offenburg i. B., Wehlen a. d. Mosel, Ludwigshafen, Zweibrücken, Mannheim, Pirmasens. Während militärischer Schaden hier nicht verursacht werden konnte, war der Schaden an Häusern und Privateigentum mehrfach nicht unerheblich. Im ganzen fielen den Angriffen 12 Menschenleben zum Opfer; 15 Personen wurden schwer und 21 leicht verletzt. Ein feindlicher Doppeldecker fiel in unsere Hand.

Oesterreichische Ministererklärungen über die Kriegslage.

Entlassung der ältesten Landsturmjahrgänge.

In Wien fand eine Besprechung der Klubobmänner aller Parteien des Abgeordnetenhauses über die Frage der Entlassung der ältesten Landsturmjahrgänge statt. Ueber den Verlauf der Besprechung verlautet: Der Landesverteidigungsminister Czapp erklärte, die Ansicht, durch die Entlastung der Ostfront könne mit Beurlaubungen im weitesten Maße gerechnet werden, sei in tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet. Man könne nicht alle an der Ostfront stehenden Formationen von dort abziehen, weil die gegenwärtigen Verhältnisse im Osten dies noch nicht zulassen. Anderseits zeige auch der Gegner an der Südwestfront noch gar keine Absicht, eine Annäherung zu den Friedensverhandlungen zu bekunden. Der Minister teilte einen kaiserlichen Armeebefehl über die Entlassung der Landsturmjahrgänge 1867, 1868 und 1869 mit und fügte hinzu, daß die Mannschaften der Jahrgänge 1870 und 1871 nach Maßgabe der aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden tauglichen Kriegsgefangenen jüngerer Jahrgänge aus der Front gezogen und im Hinterlande verwendet werden sollen.

Der Armeebefehl lautet: Ich befehle, daß die den Geburtsjahrgängen 1867, 1868 und 1869 angehörenden und zum Landsturmdienste herangezogenen Personen und die 1867, 1868 und 1869 geborenen Angehörigen der landsturmpflichtigen Körperschaften sowie jene Personen dieser Jahrgänge, die im Wege der freiwilligen Assentierung in das gemeinsame Heer und die Kriegsmarine oder in Landwehren auf Kriegsdauer eingetreten sind, insofern sie nicht selbst um Wiederbelassung im aktiven Militärdienste bitten, mit Ausnahme der Gagisten des Ruhestandes und des Verhältnisses außer Dienst, wie folgt zu beurlauben: 1. Die vorbezeichneten Angehörigen aus den Geburtsjahrgängen 1867 mit Beginn am 15. März, Endtermin Ende Mai 1918. 2. Die Angehörigen des Geburtsjahrganges 1968 mit Beginn am 1. Juni, Endtermin am 15. September. 3. Die Angehörigen des Geburtsjahrganges 1869 mit Beginn am 16. September, Endtermin am 31. Dezember 1918.

Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses kündigte Minister Czapp folgende weitere Maßnahmen an: Nach Maßgabe des Umfanges der Heimkehrbewegung erfolgt die successive Durchführung der Beurlaubung weiterer Jahrgänge im Anschluß an die Beurlaubung der Jahrgänge 1869. Die successive Beurlaubung wird mit dem Gefangenenaustausch derart in Zusammenhang gebracht werden, daß einzelne Jahrgänge entsprechend dem Fortschreiten des Gefangenenaustausches der Volkswirtschaft rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Die Militärverwaltung wird bestrebt sein, die jeweils im Alter an die zur Beurlaubung gelangenden Jahrgänge sich anschließenden nächst älteren Landsturmjahrgänge aus der Front herauszuziehen, so daß die denselben Angehörenden zur Verwendung im Etappenbereich oder dem Hinterlande zugeführt werden. Ferner wurden Verfügungen getroffen, um alle Frontdienstuntauglichen, welche im Hinterlande verwendet werden oder infolge verminderter Arbeitsfähigkeit tatsächlich entbehrlich sind, in das Zivilverhältnis zurückzuversetzen. Auch wurde die Durchführung aller Superarbitrierungen strengstens verboten. Der Minister richtete an den Ausschuß einen Appell, nicht außer acht zu lassen, daß wir uns, wenn auch eine unserer Fronten dank der großen Erfolge unserer und der verbündeten Armeen mehr oder weniger entfallen sei, noch immer im Kampfe um unsere Existenz mit dem Gegner befinden, der uns zahlenmäßig überlegen ist und bedauerlicherweise bisher nicht im geringsten Neigung zeigte, auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Der militärische Krieg tobt weiter an den verbleibenden Fronten in unverminderter Heftigkeit. Auch ihn müssen wir unter allen Umständen durchhalten. Weniger denn je darf im Kriege eine Armee verdorren. Die Militärverwaltung verschließt sich nicht den Wünschen der Bevölkerung, muß aber anderseits auch darauf rechnen können, daß die militärischen Bedürfnisse nicht in den Hintergrund gestellt werden. Sie darf um so mehr Anspruch darauf erheben, als es sich um ein Volksheer handelt. Der Minister sprach sich dann gegen sämtliche Abänderungsanträge aus.

Panamerikanische Bestrebungen.

Der „Temps“ meldet aus Buenos Aires: Die brasilianische Regierung wird in Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten eine Konferenz der südamerikanischen Nationen nach Panama einberufen zur Festlegung einer panamerikanischen Verständigung während und nach dem Kriege.

Vom Seekrieg.

Aus Ymuiden wird berichtet, daß elf holländische Fischerlogger aus Katwijk, Scheweningen und Maassluis überfällig sind.

„Progres de Lyon“ meldet: Der ehemalige deutsche Dampfer „Virginia“ und jetzige amerikanische Dampfer „Jason“ ist auf der Ueberfahrt nach Frankreich von einem deutschen U-Boot durch Granattreffer schwer beschädigt, konnte aber den nächsten französischen Hafen erreichen.

Die britische Schiffsbaufrage.

Archibald Hurd faßt im „Daily Telegraph“ die britische Schiffahrtslage folgendermaßen zusammen: Großschiffe, zu durchschnittlich 5000, Kleinschiffe zu 1000 Tonnen angenommen, verloren wir im Vorjahr 4½ Millionen. Wir ersetzten durch Bau und Ankauf 1½ Millionen und erlitten somit einen Netto-Verlust von 20 pZt. unserer Gesamttonnage. Im Januar und Februar waren trotz aller Reorganisation und optimistischen Reden die Bauergebnisse nicht besser als im Vorjahre. Der neutrale Schiffsmarkt ist so gut wie erschöpft. Von internierten feindlichen Schiffen ist kaum noch etwas zu erwarten. Die Vereinigten Staaten und die anderen Länder können uns, wie Geddes zugab, nicht sofort beispringen. Anderseits können unsere Lebensmittelrationen nicht weiter gekürzt werden, ohne die Moral und die physische Widerstandskraft des Volkes zu beeinträchtigen. Hurd betont, daß jedes jetzt verlorene Schiff einen Verlust an dem stark verminderten Bestand bedeute und daher verhältnismäßig viel empfindlicher sei als früher und an prozentualer Schwere zunähme, bis die Schiffsbaustockung durch radikale Maßnahmen beseitigt werde. Er schiebt die Schuld der Leitung des Schiffsbaues durch Nichtfachmänner, wie Geddes und Anderson, zu, von denen der erstere ein tüchtiger Eisenbahndirektor, der letzte vielleicht ein guter Reeder sei, die aber beide von dem Schiffsbau nichts verständen. Die Sturmglocke, sagt Hurd, wurde jetzt geläutet, jedermann fängt jetzt an zu verstehen, daß die Pläne entweder schlecht waren, oder, wenn sie gut waren, versagt haben; während dessen zerstört der Feind weiter unsere Schiffahrtskraft, die unsere wesentliche Kampfkraft ist, ohne welche die Marine, das Heer, die Munitionsversorgung, die Verpflegung und alles andere der Erschöpfung entgegengehen müsse. Der Schreiber schließt: Wenn die gegenwärtige Lage gebessert werden soll, müssen sofort durchgreifende Neuordnungen vorgenommen, die Beziehungen zwischen Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinfacht und taktvoll an die Meister und Leute appelliert werden, daß alles, wofür wir kämpfen, von ihren Anstrengungen in den nächsten paar Monaten abhängt.

Englische Drohungen gegen Deutschland.

Der Präsident der nationalen Gewerkschaften der Seeleute und Heizer, Havelock Wilson, erklärte in einer Versammlung in London über den U-Bootkrieg, die Deutschen würden für ihre Verbrechen gegen die Neutralen und die Engländer gestraft werden. Im Falle einer internationalen Konferenz würde kein Mitglied der Gewerkschaften zustimmen, Delegierte über See zu befördern, um mit den Delegierten aus Deutschland zusammenzutreffen. Außerdem würde ein zweijähriger Boykott verhängt werden, der für jedes begangene Verbrechen um einen Monat verlängert werden würde. Dieser Boykott erreichte bereits eine Dauer von fünf Jahren vier Monaten und würde nur dann rückgängig gemacht werden, wenn die Deutschen eine Mäßigung zeigten.

Der Arbeitsminister erklärte am 13. März in einer Versammlung in Manchester, daß nach dem Kriege die Rohstoffe, über welche die Alliierten verfügten, den Mittelmächten nicht zugängig gemacht würden.

Zum Frieden mit Rumänien.

Der Führer der konservativen Partei, Alexander Marghiloman, der bekanntlich im besetzten Gebiet verblieb, äußerte sich dem Vertreter der Zeitung „Actiunea Romana“ gegenüber über die Friedensfrage u. a. folgendermaßen: Je früher wir Frieden geschlossen hätten, desto größere Vorteile hätten wir gehabt. Je länger wir den Friedensschluß hinausziehen, desto schwieriger wird die Lage. Ich habe von Anfang an meine Meinung über die Lage geäußert, trotzdem wurde Krieg gemacht. Wir mußten den Augenblick suchen, Friedensverhandlungen zu beginnen, damit es nicht spät werde. Am 2. Januar, als die Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk begannen, warnte ich die Regierung Bratianus durch eine Denkschrift, die ich durch Vermittlung des Herrn Arions durch die Front sandte. Mein Vorschlag wurde jedoch nicht in Erwägung gezogen, obwohl er logisch begründet war, zumal Rußland, auf dessen Veranlassung hin wir den Waffenstillstand geschlossen hatten, die Friedensverhandlungen begannen. Die Ereignisse sind aus den Frieden der Ukraine zu ersehen, die ein Maximum an Vorteilen sich sicherte, weil sie damals unterhandelte.

Die Ukraine und Schweden.

„Nya Daglight Allehanda“ melden, daß demnächst eine ukrainische Delegation in Stockholm erwartet werde, um die Anerkennung der Ukraine durch Schweden nachzusuchen.

Türkischer Kriegsbericht.

WTB. Konstantinopel, 15. März. Der amtliche Tagesbericht meldet u. a.: Ein feindlicher Zug, der im Jordan-Tal auf Mackera vorgehen wollte, wurde verlustreich abgewiesen. In Trapezunt fielen 82, in Erzerum bis jetzt 32 Geschütze, in Manchatum 18 Minenwerfer in unsere Hand. Armenier in Stärke von 2600 Mann mit sechs Maschinengewehren und 240 Reitern griffen am 11. März unsere in Achlat und Karrutsch befindlichen Truppen an; sie wurden verlustreich abgeschlagen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Reichskommissar für die Ostgebiete, Ministerpräsident z. D. Dr. Graf von Keyserling, ist zum Kommissar des Reichskanzlers für die Bearbeitung der Angelegenheiten von Litauen, Kurland und die übrigen östlichen Gebiete mit Ausnahme Polens berufen worden. Graf Keyserling soll alle politischen Angelegenheiten, die mit der Entwicklung dieser Länder zukünftiger Gestaltung und ihrem Verhältnis zu Deutschland zusammenhängen, unter der direkten Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bearbeiten.

Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet aus dem Haag: „Times“ meldet aus Valparaiso: Graf Luxburg ist heute hier eingetroffen.

Die türkische Kammer bewilligte auf Vorschlag des Marineministers Deschemal Pascha, der die dringliche Behandlung verlangte, einen außerordentlichen Marinekredit von einer Million Pfund.

Allgemein-politische Nachrichten.

Der Bankerott der „Unabhängigen“ in Niederbarnim.

Als bei der Nachwahl für Liebknecht in Potsdam-Osthavelland der Genosse Stahl mit 15 000 Stimmen gegen 5000, die auf Dr. Mehring fielen, gewählt war, sagten die Wortführer der Unabhängigen: der Regierungssozialist ist mit bürgerlicher Hilfe gewählt worden. Alle Darlegungen, alle Nachweise, daß bürgerliche Hilfe nicht nötig gewesen und auch gar nicht in dem behaupteten Umfang gewährt sei, nützten nichts. Man konnte ja das Gegenteil nicht beweisen. In Niederbarnim ist die Sache anders gelaufen. Hier hat die Entwicklung des Wahlkampfes und das Ergebnis der Wahl die Möglichkeit geschaffen, ganz genau und unwiderleglich den Bankerott der Unabhängigen festzustellen. Die Bürgerlichen haben hier nicht Gewehr bei Fuß gestanden, sondern sie haben selbst drei Kandidaten aufgestellt: einen Fortschrittler, einen im Kreis eingesessenen und sehr beliebten Nationalliberalen und einen Konservativen. Und sie haben kräftig und in umfangreicher Arbeit für diese drei Kandidaten agitiert, die dann auch rund 15 300 Stimmen auf sich vereinigten. Trotzdem hat Wissel mit 28 430 den Unabhängigen Dr. Breitscheid, der 18 640 Stimmen erhielt, um 9790 Stimmen überholt.

Und das in Niederbarnim, dem langjährigen Wahlkreis Arthur Stadthagens, der ihn den Unabhängigen zuführte und in ihrem Sinne unablässig ihn drei Jahre lang bearbeitet hat. Kaum ein Wahlkreis ganz Deutschlands bot wohl günstigere Möglichkeiten für die „Unabhängigen“, wie dieser Kreis mit einem Stück Berlin-Ost und den östlichen Berliner Vororten. Und kaum eine Zeit war den Unabhängigen günstiger für ihre Agitation als diese Tage, in denen die Politik des 4. August 1914 ihre schwerste Belastungsprobe überstehen soll.

Aber dennoch hat der gesunde Sinn der Mehrheit der Arbeiter des Wahlkreises sich unter der alten in so manchem Kampf bewährten Fahne der sozialdemokratischen Partei zusammengefunden und sich gegen die unabhängigen Quertreiber entschieden. Das eröffnet die hoffnungsvollsten Ausblicke für die Zukunft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die sich nicht von einer zwar sehr lauten, im Grunde aber ihrem Wesen nach ganz ohnmächtigen Minderheit von Schreiern vernichten lassen wird.

Das Wahlergebnis erfordert eine Stichwahl zwischen Wissel und dem „Unabhängigen“, falls der nicht vorzieht, sich vor dem Stichwahltag einer anderen Partei anzuschließen. Er hat ja Uebung darin und hat einen entsprechenden Revers unterschrieben. Das Resultat der Stichwahl kann nicht zweifelhaft sein. Mögen selbst alle bürgerlichen Wähler zu Haus bleiben, der Sieg des Kandidaten der sozialdemokratischen Partei ist gesichert aus deren eigenen Kraft.

Der Reichskanzler gab sein Ehrenwort für Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

In der „Sozialen Praxis“ teilt Professor Dr. Ernst Francke mit: Vor kurzem habe der Reichskanzler Graf Hertling zu ihm gesagt: „Ich stehe und falle mit dem gleichen Wahlrecht. Ich habe mein Wort verpfändet, und in meinem langen Leben bin ich niemals von meinem Worte gewichen.“

Nun könnte man sich ja denken, daß der Reichskanzler, wenn er nicht mit dem gleichen Wahlrecht stehen kann, eben damit fallen würde. Aber jedenfalls darf man annehmen, daß er mit äußerster Entschiedenheit erst versuchen wird, das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Und hat er diese Entschiedenheit, so kann es nicht fehlen.

Neuer Arbeitsplan des Reichstags.

Der Aeltestenrat des Reichstages trat Freitag abermals zu einer Besprechung zusammen und änderte den gestern gefaßten Beschluß dahin: Der Friedensvertrag mit Rußland und Finnland soll nicht am Dienstag, sondern schon Montag die Vollversammlung des Reichstages beschäftigen. Vorausgehen soll die erste Lesung des Etatnotgesetzes und die Beratung des Berichtes des Hauptausschusses, betreffend den Erlaß der Bundesratsverordnung zur Ueberwachung der Geschäftsbücher und Preisunterlagen sämtlicher für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe. Die für morgen vorgesehene Beratung der auswärtigen Fragen im Hauptausschuß des Reichstags soll in vertraulicher Aussprache erfolgen.

Beschlüsse des Reichshauptausschusses, betreffend Sparsamkeit bei Heereslieferungen.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet abermals die Frage der Heereslieferungen. Dabei wurden wiederum die Fälle Daimler und v. Behr-Pinnow erörtert. Schließlich wurden folgende Anträge einstimmig angenommen: In sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebende Unterlagen überwachen zu lassen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten und eine Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen überwachen soll. Zurückgezogen wurde der Antrag, die für den Heeres- und Marinebedarf arbeitenden Be-